

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
BM-kor

Rheine, 27. Oktober 2010

Zur Information im HFA am 26. Oktober 2010

Verlagerung der Bundeswehrstandortverkleinerungen

Mit ihrer Eingabe vom 20. Oktober 2010 schließt sich die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rheine den Bemühungen der Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder um weitergehende Informationen bezüglich der künftigen Entwicklung des Bundeswehrstandortes Rheine-Bentlage an.

Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg hat am 23. August 2010 die Experten der Regierungskoalition in Berlin über Modelle zur Strukturreform der Streitkräfte informiert. Aus der aus seiner Sicht an diesem Termin anschließenden Presseerklärung wird deutlich, dass es sich bei den von ihm vorgelegten fünf Modellen zur künftigen Struktur der Streitkräfte bislang nur um grobe Planungen handelte. Der Verteidigungsminister hat eine Strukturkommission unter Vorsitz des Chefs der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise mit einer Ausarbeitung zur Neustrukturierung der Bundeswehr beauftragt. Diese Strukturkommission hat ihren 114seitigen Bericht am heutigen Tage dem Verteidigungsministerium übergeben. Ersten Vorberichten ist zu entnehmen, dass die Strukturkommission eine Verkleinerung der Bundeswehr auf eine Truppenstärke zwischen 180.000 und 190.000 Soldaten vorschlägt. Es ist davon auszugehen, dass bei dem Vorschlag der Verringerung der Truppenstärke eine weitergehende Struktur- und Zuständigkeitsreform die Konsequenz sein wird.

Seit den ersten Spekulationen über Strukturveränderungen, die einhergehen mit einer Unruhe auch bei den Heeresfliegern in Rheine-Bentlage, steht die Bürgermeisterin in unmittelbarem Kontakt sowohl mit Herrn Oberst Salewski, Herrn Hans-Otto Paul, dem Leiter des Bundeswehrdienstleistungszentrums Münster, sowie den Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer und Jens Spahn. Nach den uns bisher vorliegenden Informationen ist mit Entscheidungen zur Strukturreform frühestens im Frühjahr 2011 zu rechnen. Erst hieran würden sich Entscheidungen zu Standortentwicklungen bzw. Schließungen anschließen. Entsprechend hat sich die Bürgermeisterin bei den Presseanfragen im August und September den Äußerungen des Regimentskommandeurs Oberst Salewski angeschlossen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinerlei Informationen über die Planungen für die Zukunft der Heeresflieger vorliegen.

Der nächste Besprechungstermin mit den Bundestagsabgeordneten ist für den 12. Januar 2011 anberaumt.

Die Bürgermeisterin hat zudem für den Neujahrsempfang von Bundeswehr und Stadt im Januar 2011 ein Mitglied des Verteidigungsausschusses als Referenten eingeladen, um auch dort über den aktuellen Sachstand zur Bundeswehrstrukturbedebatte informiert zu werden.

Der Städte- und Gemeindebund ist im Interesse der betroffenen Städte bzw. Bürgermeister und Bürgermeisterinnen bereits im September 2010 tätig geworden und fordert den Bund auf, bei einer Bundeswehrreform von Anfang an eine enge Beteiligung und Einbindung der betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes einzuplanen. Neben einer engen Beteiligung werden Konversions- und Hilfsmittel gefordert. Im Falle von Standortschließungen dürften die betroffenen Städte und Gemeinden nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden. „Diese waren jahrzehntelang gute Gastgeber für die Bundeswehr und haben viel geleistet für die Verankerung der Truppe in der Gesellschaft. In vielen Standortgemeinden ist die Bundeswehr ein entscheidender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Werden militärische Standorte geschlossen, sind die negativen Folgen für die lokale Wirtschaft oft dramatisch. Daher steht der Bund in der regionalpolitischen Verpflichtung, den Standortgemeinden, die von der Verkleinerung oder Schließung militärischer Liegenschaften betroffen wären, durch Konversions- und Unterstützungsmaßnahmen zu helfen.“

Am 21. September 2010 haben sich die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg in einer gemeinsamen Erklärung für eine möglichst frühe Einbindung der Bundesländer ausgesprochen.

Die Bürgermeisterin wird die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen namens der Stadt Rheine auffordern, sich entsprechend Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg dem Bund gegenüber zu artikulieren. Zudem wird vorgeschlagen, die Betroffenheit unmittelbar dem Verteidigungsministerium gegenüber zunächst in schriftlicher Form zum Ausdruck zu bringen und auch hier die enge Einbindung der Stadt zu fordern.

gez.

Dr. Angelika Kordfelder